

vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

SEPTEMBER 2013

STEUER- GERECHTIGKEIT ZUM THEMA MACHEN



FOTO: FLORIAN JAENICKE

Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landesvorsitzender

Es wird Zeit, dass die Bekämpfung der Steuerhinterziehung endlich das notwendige politische Gewicht erhält. Dafür wollen wir in den kommenden Wochen sorgen und die Wahl am 22. September auch zu einer Abstimmung über Steuergerechtigkeit machen, weil die Ehrlichen nicht länger die Dummen sein dürfen.

Mindestens 30 Milliarden Euro entgehen Deutschland Jahr für Jahr, weil einige schwarze Schafe im großen Stil Steuern hinterziehen, zum Beispiel indem sie ihr Geld im Ausland verstecken. Der Fall Hoeneß ist ja in aller Munde – und das ist nur einer von vielen.

Wenn wir nur die Hälfte der entzogenen Steuern einziehen könnten, hätte allein Hessen rund 800 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Für Bildung, Soziales, Wohnungsbau und Infrastruktur. Deswegen hat für uns die Bekämpfung von Steuerhinterziehung große Bedeutung. Internationalen Unternehmen, die in Deutschland ihr Geld verdienen, aber die Gewinne dann ins Ausland verschieben, um möglichst niedrige Steuern zu zahlen, werden wir genau auf die Finger gucken.

Hingegen haben CDU und FDP über Jahre hinweg signalisiert, dass ihnen das Thema Steuerhinterziehung bestenfalls egal ist. Vier erfolgreiche Steuerfahnder wurden mit falschen psychiatrischen Gutachten aus dem Dienst entfernt – das ist und bleibt ein Skandal. Und den Ankauf von Steuer-CDs, die unzählige Schwarzgeldkonten auffliegen ließen, kommentierte Ministerpräsident Bouffier seinerzeit so: „Der Rechtsstaat wird hier mit Füßen getreten.“ Und dann ist Schwarz-Gelb immer für das Steuerabkommen mit der Schweiz eingetreten, das Steuerhinterzieher besser gestellt hätte als ehrliche Steuerzahler.

Deswegen muss endlich Schluss sein mit einer Politik nach dem Motto, die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wer alle Vorteile unseres Staates in Anspruch nimmt – von der Bildung über Infrastruktur bis zur Sicherheit –, muss auch seinen Anteil leisten. Die hessische SPD wird in den kommenden Wochen für mehr Steuergerechtigkeit werben, für bessere Gesetze, dichtere Kontrollen und vor allem für den politischen Willen dazu. Jede Stimme für die SPD ist auch eine Stimme für mehr Steuergerechtigkeit.

Th. Schäfer-Gümbel

KUNDGEBUNGEN & TV-DUELL

26. AUGUST,
17 UHR,
MITTELHESSEN-
KUNDGEBUNG MIT
SIGMAR GABRIEL
UND THORSTEN
SCHÄFER-GÜMBEL
IN GIESSEN,
BERLINER PLATZ 1

13. SEPTEMBER,
20.15 UHR,
DAS TV-DUELL IM
HESSENFERNSEHEN
MIT THORSTEN
SCHÄFER-GÜMBEL
UND VOLKER
BOUFFIER

20. SEPTEMBER,
17 UHR,
KUNDGEBUNG MIT
PEER STEINBRÜCK
UND THORSTEN
SCHÄFER-GÜMBEL
IN KASSEL,
PLATZ VOR DEM
KULTURBAHNHOF

21. SEPTEMBER,
12 UHR,
ABSCHLUSSKUND-
GEBUNG AUF DEM
RÖMERBERG MIT
PEER STEINBRÜCK
UND THORSTEN
SCHÄFER-GÜMBEL

800 MILLIONEN EURO MEHR FÜR HESSEN

STEUERFLUCHT STOPPEN – NULL TOLERANZ FÜR STEUERHINTERZIEHER

5.000 neue Kitaplätze, 1.600 zusätzliche Polizisten und Lehrer, 20.000 bezahlbare Wohnungen. Und 680 Schulen könnten zu echten Ganztagschulen werden. Wenn wir Steuerhinterziehung und -vermeidung sofort beenden, ließen sich viele drängende Probleme auf einen Schlag lösen. Denn: Jedes Jahr entgehen Hessen durch Hinterziehung und Steuerflucht mindestens 1,6 Milliarden Euro. Wenn wir durch bessere Kontrollen davon nur die Hälfte zurückholen könnten, wären das 800 Millionen Euro für Hessen.

Insgesamt verursacht Steuerbetrug in Deutschland jährlich einen Schaden von 30 Milliarden Euro – sehr vorsichtig geschätzt. Geld, das für Investitionen in Bildung, in Infrastruktur und den Schuldenabbau fehlt. Die SPD will den Kampf gegen Steuerbetrug forcieren und die legale Steuer- und Vermeidung großer Konzerne einschränken. „Null Toleranz für Steuerhinterzieher“, fordert Thorsten Schäfer-Gümbel. „Das wird das Markenzeichen einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung sein.“ Nur so könne man für Gerechtigkeit sorgen. „Der ehrliche Steuerzahler darf nur so wenig Steuern zahlen wie nötig.“

„Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Verbrechen“, hatte auch SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück in

der Vergangenheit immer wieder betont. Steuerbetrug untergrabe das Vertrauen in den Rechtsstaat und gefährde den Zusammenhalt der Gesellschaft. Deshalb wolle die SPD für Steuerstraftaten die Verjährungsfrist auf zehn Jahre erhöhen. Wenn das Schwarzgeld ins Ausland gebracht worden sei, solle es gar keine Verjährung mehr geben.

Dazu wollen Thorsten Schäfer-Gümbel und die SPD ein ganzes Bündel an Maßnahmen ergreifen. So müsse die legale Steuer- und Vermeidung reduziert werden. Große Konzerne nutzen das Steuergelände in Europa aus. „Amazon, Apple, Starbucks und Google müssen in Zukunft genau aufschlüsseln, in welchem Land sie welchen

Anteil ihrer Gewinne versteuern und wie diese zustande kommen.“ Außerdem werde sich die SPD dafür einsetzen, dass der Druck auf Steueroasen steigt, um Steuerflucht zu verhindern.

→ Fortsetzung auf Seite 2

Wenn wir die Steuerflucht stoppen, hätte Hessen 800 Millionen Euro mehr Einnahmen.



GRAFIK: SPD HESSEN

**WAHLKAMPF-
TERMINE**

STAND 14. 08. 2013

24. August,
TSG-Tour mit Olaf Scholz in Wiesbaden, Klaus Wowerit in Darmstadt, Malu Dreyer in Nidda, Stephan Weil in Kassel und Eichenzell

24. August, 19 Uhr,
Kabarettabend mit Hans-Joachim Heist alias Gernot Hasskecht in Bischofsheim, Ginsheimer Landstraße 13

26. August, 15.45 Uhr,
Thorsten Schäfer-Gümbel im Bürgergespräch auf dem Marktplatz in Hanau

26. August, 17 Uhr,
Mittelhessen-Kundgebung mit Sigmar Gabriel und Thorsten Schäfer-Gümbel in Gießen, Berliner Platz 1

7. September, 14 Uhr,
Diskussionsveranstaltung zur Arbeitsmarktpolitik mit Olaf Scholz in Marburg

10. September, 17.30 Uhr,
Kundgebung mit Kurt Beck im Bürgerhaus Sontra, Thingstätte 2

12. September, 19.30 Uhr,
Kleine Diskussionsrunde mit Malu Dreyer und Gerold Reichenbach zum Thema Demografie, Bürgerhaus Ginsheim, Frankfurter Str. 39

13. September, 20.15 Uhr,
Das TV-Duell im Hessenfernsehen mit Thorsten Schäfer-Gümbel und Volker Bouffier

14. September, 19 Uhr,
Podiumsgespräch „Finanzen“ mit dem Finanzminister NRW Dr. Norbert Walter-Borjans, Biedensandhalle Lampertheim

15. September, 13.30 Uhr,
Thorsten Schäfer-Gümbel läuft beim Winzerfestumzug in Groß-Umstadt mit

17. September, 17.30 Uhr,
Sigmar Gabriel und Thorsten Schäfer-Gümbel in Darmstadt

20. September, 17 Uhr,
Kundgebung mit Peer Steinbrück und Thorsten Schäfer-Gümbel in Kassel, Platz vor dem Kulturbahnhof

21. September, 12 Uhr,
Abschlusskundgebung auf dem Römerberg mit Peer Steinbrück und Thorsten Schäfer-Gümbel ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen
Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortl.), Petra Tursky-Hartmann, Oliver Schopp-Steinborn, Katja Apelt, Isabell Neumann, Gerfried Zluga
Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

DIE MANNSCHAFT FÜR DEN WECHSEL

Mit einer frauenstarken und kompetenten Mannschaft ist Thorsten Schäfer-Gümbel in die heiße Wahlkampfphase gestartet. Die sieben Frauen und vier Männer sind für den Fall eines Wahlsieges am 22. September Kandidaten für die Ministerposten in der Landesregierung. Nach und nach hatte Thorsten Schäfer-Gümbel die Mitglieder aus seiner Mannschaft vor den Sommerferien vorgestellt und damit ein deutliches Signal zum Wechsel gesetzt. Das Ziel: gemeinsam 15 Jahre schwarz-gelbe Landesregierung beenden.

Thorsten Schäfer-Gümbel: „Unsere größte Herausforderung ist der Vertrauensverlust von Menschen gegenüber der Gestaltungskraft von Politik.“



FOTO: PETRA TURSXY-HARTMANN

(v. l. n. r.) Prof. Dr. Ute Sacksofsky (Justiz und Frauen), Gernot Grumbach (Wissenschaft und Innovation), Laura Garavini (Integration, Europa und Kultur), Prof. Dr. Claudia Kemfert (Beauftragte für die Energiewende), Dr. Matthias Kollatz-Ahnen (Wirtschaft, Wohnungsbau und Finanzplatz), Thorsten Schäfer-Gümbel, Günter Rudolph (Infrastruktur und Verkehr), Nancy Faeser (Inneres, Kommunales und Sport), Susanne Selbert (Ländlicher Raum/Neuer Hessenplan, Verbraucherschutz, Umwelt und Naturschutz), Norbert Schmitt (Finanzen), Bärbel Feltrini (Arbeit, Ausbildung und Soziales). Nicht abgebildet Heike Habermann (Bildung).

800 MILLIONEN EURO MEHR FÜR HESSEN → Fortsetzung von Seite 1

Konkret wird eine SPD-geführte Landesregierung mehr Steuerfahnder und Betriebsprüfer einsetzen, um wirksam gegen Steuervermeidung und -hinterziehung vorgehen zu können. „Wir unterstützen – im Gegensatz zu Volker Bouffier und der schwarz-gelben Bundesregierung – den Ankauf von CDs mit Steuersünder-Daten“, erklärte Thorsten Schäfer-Gümbel. Die schwarz-gelbe Landesregierung habe 15 Jahre nichts dagegen unternommen – aus Angst vor der gut situierten CDU-FDP-Klientel.

Mit der SPD werde es keine löchrigen Steuerabkommen mehr geben, Banken mit Sitz in Deutschland, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, müssten stär-

ker zur Rechenschaft gezogen werden – bis hin zum Entzug der Banklizenz, so Thorsten Schäfer-Gümbel weiter. Zudem müssen

te die Straffreiheit bei Selbstanzeigen eingeschränkt und die grenzüberschreitende Fahndung verbessert werden. ■

JETZT UNTERZEICHNEN. MEIN AUFTRAG AN DIE POLITIK:

- Alle Steuerschlupflöcher schließen
- Konzerne müssen aufschlüsseln, wo sie welchen Gewinn versteuern
- 250 neue Steuer- und Betriebsprüfer in Hessen in fünf Jahren, um den Druck auf Steuerhinterzieher zu erhöhen
- Keine Steuerabkommen mehr, die Steuerumgehung erleichtern
- Steuer-CDs mit Steuerbetrüger-Daten kaufen und dies nicht wie Schwarz-Gelb behindern
- Banken, die Geschäfte mit Steuerflucht machen, werden nach US-Vorbild sanktioniert

Die HessenSPD hat dazu eine Unterschriftenaktion gestartet.
Du kannst auch im Internet auf www.spd-hessen.de unterzeichnen.

JETZT IST ENDSPURT

INTERVIEW MIT SPD-GENERALSEKRETÄR MICHAEL ROTH

vorwärts: In vier Wochen wird gewählt. Worauf kommt es jetzt an?

Michael Roth: Sich nicht von den Umfragen verunsichern lassen. Das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen.

Und dabei auf unsere zentralen Themen Arbeit, Bildung und Familie setzen. So groß wie jetzt war die Chance auf einen Politik- und Regierungswechsel in Hessen schon lange nicht mehr.

vorwärts: Was kann ich noch machen, um die SPD zu unterstützen?

Michael Roth: Unsere Kandidatinnen und Kandidaten in allen Wahlkreisen Hessens sind dankbar für jede Unterstützung – beim Infostand genauso wie bei Hausbesuchen oder Aktivitäten in den sozialen Netzwerken.

vorwärts: Warum sind Straßenwahlkampf und Hausbesuche so wichtig?

Michael Roth: Viele Bürgerinnen und Bürger wissen wenige Tage vor der Wahl nicht, ob und wen sie wählen. Unter den derzeitigen Nichtwählern gibt es viele potenzielle SPD-Wähler. Um diese zu erreichen, müssen wir sie ansprechen.

vorwärts: Worauf freust du dich im Endspurt am meisten?

Michael Roth: Auf gut gelaunte Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die spüren, dass es am 22. September klappt. ■



FOTO: GERFRIED ZLUGA



ÜBERBLICK: ALLES FÜR DEINEN WAHLKAMPF

Überzeugende Argumente am Infostand, Flyer für den Straßenwahlkampf und vieles andere sollten in der heißen Wahlkampfphase nicht fehlen. Für den Wahlkampf vor Ort stellen wir viele Materialien zur Verfügung, die gedruckt in den Unterbezirksgeschäftsstellen zum Abholen bereitstehen. Alternativ können sie über die Landesgeschäftsstelle bestellt werden (www.spd-hessen.de, Tel. 06 11-9 99 77 0).

Unser **Regierungsprogramm** „Gerechtigkeit macht stark“, auch als Kurzfassung und in leichter Sprache. **Themenplakate** zu Arbeit, Bildung und Familie, Themenflyer „Familien, Schulen und Hochschulen“, „Ausbildung und Arbeit“, „Integration und Vielfalt“, „Senioren“ und „Briefwahl“, **Übersetzungen in neun Sprachen** zu den Themen „Integration und Vielfalt“ sowie Briefwahl, **14 Argumentationskarten** zu verschiedenen Themen, um kurz und verständlich zu erklären, wofür die SPD steht, **Flugblatt** „Fünf Gründe, SPD zu wählen“. ■



DAS TV-DUELL AM 13. SEPTEMBER
Am Freitag, dem 13.09., findet um 20.15 im Hessenfernsehen das „TV-Duell“ von Thorsten Schäfer-Gümbel und Volker Bouffier statt. Wer nicht zu Hause schauen will, kann auf eine der zahlreichen Übertragungen von Kandidatinnen und Kandidaten oder Ortsvereinen gehen – und im Kreise der Genossinnen und Genossen das Duell verfolgen. Eine Übersicht über Veranstaltungen gibt es im Internet unter www.spd-hessen.de oder in der Unterbezirksgeschäftsstelle.
Am Sonntag, dem 10.09.2013 findet um 22.45 Uhr im Hessenfernsehen eine Spitzenrunde zur Bundestagswahl mit den hessischen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten statt. ■



FÜR DEN WECHSEL SPENDEN
Wir haben überzeugende Ideen und viele engagierte Mitglieder sowie Kandidatinnen und Kandidaten. Aber ein erfolgreicher Wahlkampf kostet auch viel Geld. Von Konzernen und reichen Spendern haben wir – im Gegensatz zu Schwarz-Gelb – nichts zu erwarten. Jede Spende, sei sie auch noch so klein, ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zum überfälligen Politik- und Regierungswechsel in Hessen. Spenden, die bis 10. September bei uns eingehen, kann die HessenSPD noch direkt in zusätzliche Materialien, Anzeigen oder Aktionen investieren. Spendenkonto: SPD-Landesverband Hessen, Kt. 11037000, BLZ 510500015. Oder per Onlineüberweisung über www.spd-hessen.de ■

5 GRÜNDE, SPD ZU WÄHLEN:

MEHR FÜR BILDUNG UND BETREUUNG.
Wir sorgen für gute Kitas, mehr Ganztagschulen und schaffen G8 ab. Jedes Kind wird individuell gefördert – unabhängig von seiner Herkunft.

AUSBILDUNG FÜR ALLE JUGENDLICHEN.
In Hessen sind mehr als 200.000 junge Menschen ohne Ausbildung. Wir machen jedem ein Angebot für eine berufliche Qualifikation. Garantiert!

FÜR EIN BESSERES GESUNDHEITSSYSTEM.
Wir kümmern uns um eine flächendeckende medizinische Versorgung und um mehr Selbstbestimmung und bessere Pflege älterer Menschen.

FÜR GUTE ARBEIT, DIE ETWAS WERT IST.
Wir gehen konsequent gegen Dumpinglöhne vor und sorgen für Arbeitsplätze, von denen man gut und sicher leben kann.

FÜR BEZAHLBARE WOHNUNGEN.
Wohnen ist ein Grundrecht und muss bezahlbar sein. Wir kurbeln den Wohnungsbau an und führen eine Mietpreisbremse ein.

Gerechtigkeit macht stark.

Am 22. September.

Deine Stimme für die SPD.

Im Bund und in Hessen.

5 GRÜNDE DIE SPD ZU WÄHLEN:

- 1. MEHR FÜR BILDUNG UND BETREUUNG.**
Wir sorgen für gute Kitas, mehr Ganztagschulen und schaffen G8 ab. Jedes Kind wird individuell gefördert – unabhängig von seiner Herkunft.
- 2. AUSBILDUNG FÜR ALLE JUGENDLICHEN.**
In Hessen sind mehr als 200.000 junge Menschen ohne Ausbildung. Wir machen jedem ein Angebot für eine berufliche Qualifikation. Garantiert!
- 3. FÜR EIN BESSERES GESUNDHEITSSYSTEM.**
Wir kümmern uns um eine flächendeckende medizinische Versorgung und um mehr Selbstbestimmung und bessere Pflege älterer Menschen.
- 4. FÜR GUTE ARBEIT, DIE ETWAS WERT IST.**
Wir gehen konsequent gegen Dumpinglöhne vor und sorgen für Arbeitsplätze, von denen man gut und sicher leben kann.
- 5. FÜR BEZAHLBARE WOHNUNGEN.**
Wohnen ist ein Grundrecht und muss bezahlbar sein. Wir kurbeln den Wohnungsbau an und führen eine Mietpreisbremse ein.

Wahlrecht
Gerechtigkeits
macht stark.
SPD

WIR-FUER-TSG.DE JETZT UNTERZEICHNEN

Wir wollen den Politikwechsel mit Thorsten Schäfer-Gümbel

Wir wollen den Wechsel in Hessen. Denn gemeinsam mit Thorsten Schäfer-Gümbel können wir 15 Jahre Schwarz-Gelb beenden. Auf den letzten Metern zur Landtagswahl entscheidet sich, wer unser Land in die Zukunft führt.

Werde jetzt Unterstützer von TSG und hilf mit!

Wir wollen, dass bei uns im Land wieder Transparenz, Augenhöhe und Respekt regiert. Dafür hat Thorsten Schäfer-Gümbel und eine neue rot-grüne Landesregierung unsere Unterstützung.

Wenn Du TSG für den Politikwechsel unterstützen willst, dann führen wir Dich auf dieser Website mit Deinem Namen und Foto, Deinem Wohnort und Deiner persönlichen Wechselbotschaft auf.

Mach jetzt mit und werde TSG-Unterstützer, weil WIR FÜR TSG sind

TSG JETZT UNTERSTÜTZEN!

Thorsten jetzt unterstützen!

- oder -

1. Name eingeben

2. E-Mailadresse eingeben

3. Ort eingeben (optional)

Drück hochlesen

Thorsten jetzt unterstützen!

Viele haben es bereits getan – auf der Internetseite www.wir-fuer-tsg.de

für den Politikwechsel in Hessen unterzeichnet. Auch Du kannst auf unserer Unterstützer-Website unterzeichnen – mit Namen, Foto, Wohnort und einer persönlichen Wechselbotschaft. So können wir ein starkes Signal setzen. Wir alle stehen hinter TSG und treten engagiert für den Politikwechsel ein.

Unterzeichne auf: www.wir-fuer-tsg.de

DIE WAHLKAMPF-WG ELF BEWOHNER. EIN ZIEL.

Schlaflose Nächte, literweise Kaffee, kontinuierlicher Internetausgang. Wer morgens nicht die Tagestrends im Web erkennt, hat mittags schon den Anschluss verpasst und droht abends von der Wahlkampf lawine überrollt zu werden. Die Wahlkampf-WG in Wiesbaden und ihre elf Bewohnerinnen und Bewohner stoßen in den zwei Monaten vor der Wahl an die Grenzen des Möglichen. Erst beim Einzug kennengelernt, haben sich die elf Freiwilligen der Wahlkampf-WG schon nach kurzer Zeit zu einem eingeschworenen Team entwickelt. Sie wohnen und arbeiten zu-

sammen. Mit Computer und Internet als Werkzeug reisen sie durch Hessen, unterstützen Kandidatinnen und Kandidaten und mobilisieren Wahlkämpfer und Wähler. Ihre Ergebnisse, Geschichten, Bilder und Postings werden auf Facebook, Twitter und anderen Portalen verbreitet. Sie streiten für ein Ziel: den Wechsel in Hessen. Wer verfolgen will, was sie machen, folgt ihnen auf Facebook unter facebook.de/wahlkampfwg und Twitter unter [@wahlwg](https://twitter.com/wahlwg)



SCHNELL UND EINFACH VOR DEM 22.09. WÄHLEN

Man kann der SPD bereits vor dem Wahltag seine Stimme geben. Ab dem 19. August kann man Briefwahl beantragen oder direkt im Rathaus wählen. Dazu einfach Briefwahlunterlagen anfordern – entweder mit der Wahlbenachrichtigungskarte oder mit unserer Postkarte im Internet auf spd-hessen.de. Wichtig ist, dass der Wahlbriefumschlag rechtzeitig abgeschickt wird.

Mit Personalausweis kann jeder ebenfalls ab dem 19. August im Rathaus oder Bürgerbüro schon vorab einfach und schnell wählen gehen. Dort gibt es die Wahlunterlagen, die man ausfüllt und sofort wieder abgeben kann. Eine Wahlkabine steht auch dort bereit. ■

MIT ERDGAS UND STROM – UNTERWEGS IN HESSEN



Gemeinsam mit seinem Fahrer Jens Christoph Pieper präsentierte der SPD-Spitzenkandidat die Wahlkampf flotte von Opel und VW auf dem Marktplatz in Wiesbaden. Pieper, der bereits 2008 als „wandelndes Navi“ zum Wettkönig bei „Wetten, dass..?“ gekürt wurde, hat im vergangenen Jahr auch den Frankfurter Oberbürgermeisterkandidaten Peter Feldmann sicher ans Ziel gebracht.

FOTO: PETRA TURSKI-HARTMANN

RENTSCHS GEFÄHRLICHER SCHILDBÜRGERSTREICH

Als „überflüssige Aufforstung des Schilderwaldes“ hat der Parlamentarische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph die von Verkehrsminister Rentsch angeordneten Warnschilder vor stationären Radaranlagen bewertet. „Herr Rentsch missbraucht sein Amt für steuerfinanzierten Wahlkampf und erweist der Verkehrssicherheit einen Bärendienst“, kritisierte der SPD-Politiker. Rund 50.000 Verkehrsunfälle mit Personenschäden konnten allein im vergangenen Jahr auf nicht angepasste Geschwindigkeit zurückgeführt werden. Wenn nun der FDP-Verkehrsminister Geschwindigkeitsmessungen per „BILD“ als



Günter Rudolph,
Parlamentarischer
Geschäftsführer

„Abzocke“ diskreditiert, sei das „verantwortungslos, der Wortwahl eines Ministers unwürdig und verhöhne die Opfer von Verkehrsunfällen“.

Rentsch bleibe, so Rudolph, auch jede fachliche Begründung für seinen Vorstoß schuldig. „Die angeblichen Unfallunfälle aufgrund von Vollbremsungen vor Messanlagen sind nach allem, was Fachleute dazu bislang gesagt haben, eine freie Erfindung des Ministers. Jedenfalls scheint es solche Erfahrungen in Kommunen mit stationären Kontrollen nicht zu geben“, kritisierte Rudolph. Der Widerstand der Kommunen gegen die Anordnung zur Aufstellung von Schildern vor

Radaranlagen zeige, dass der Minister komplett auf dem Holzweg sei. „Das Ganze ist ein unausgelegener Schnellschuss ohne Sinn und Verstand.“ ■

PRESSESCHAU

Süddeutsche Zeitung

»Foto mit Vorwarnung«

Darmstädter Echo

»Der Minister und sein Blitzgedanke«

Frankfurter Allgemeine

»Populist Rentsch«

Frankfurter Rundschau

»Freie Raser«

„EINE NAHTLOSE KETTE VON FILZ ZWISCHEN EBS, CDU UND FDP“

Nach Auffassung der Landtagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt Schwarz-Gelb im Untersuchungsausschuss zur privaten European Business School (EBS) massiv auf Verzögerung. Ein Verfahrensantrag von SPD und GRÜNEN, der eine Zeugenvernehmung im Achttagesrhythmus vorgesehen hatte, ist im Hessischen Landtag von CDU und FDP verhindert worden. Die Ablehnung des Antrags ist



Marius Weiß, MdB

„eine Beerdigung dritter Klasse“, kritisierte der Obmann der SPD im Untersuchungsausschuss, Marius Weiß. SPD und GRÜNE haben nun Klage beim Staatsgerichtshof eingereicht. Pikant ist in diesem Zusammenhang ein Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 10. August. Die Zeitung hatte berichtet, dass die Rechtsanwaltskanzlei von Wirtschaftsminister Florian Rentsch (FDP) von dem Vertrag zur Förderung der privaten EBS offensichtlich

profitiere. „Wenn bei über 12.000 Kanzleien in Hessen ausgerechnet die Rechtsanwaltskanzlei von Florian Rentsch den Auftrag für den Zuschussvertrag zwischen Stadt und Land bekomme und anschließend das Wirtschaftsministerium mitteilt, dass der Herr Minister daran in keiner Weise beteiligt gewesen sei, dann stinkt das zum Himmel“, empörte sich Weiß. Nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion reihe sich diese Information nahtlos in die unendliche „Kette des Filzes“ zwischen EBS und Politikern von CDU und FDP ein. ■

SCHWARZ-GELB: FRACKSAUSEN BEIM „FRACKING“

Einfach abenteuerlich“ sei die Forderung von Jörg-Uwe Hahn (FDP), so der SPD-Politiker Timon Gremmels. Der hessische Vize-Ministerpräsident hatte sich in einem Interview im Hessischen Rundfunk für die Erprobung von „Fracking“ in Nordhessen ausgesprochen.



Timon Gremmels, MdB

Die hoch umstrittene Methode der Erdgas- bzw. Erdölsuche gilt unter Experten als extrem risikobehaftet und wird von der SPD

abgelehnt. Die CDU-Umweltministerin Lucia Puttrich hat das Verfahren vordergründig immer wieder ablehnt. Die Bevölkerung habe das Recht zu erfahren, welche Politik sie nach dem 22. September in Hessen erwartet. „Zwischen Schwarz-Gelb gibt es bei allen wichtigen Politikfeldern nur Streit“, zieht der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Bilanz. „Doppelt skandalös“ sei, so Gremmels, dass sich die

CDU-Umweltministerin beim Thema Fracking angesichts der Berichterstattung im „Spiegel“ offensichtlich über die rechtlichen Bedenken ihrer zuständigen Fachbehörde hinweggesetzt hat. „Frau Puttrich ist einfach überfordert, sie schafft es weder, rechtssichere Verfahren zu leiten noch das Parlament sauber zu informieren“, zog der SPD-Abgeordnete kritisch Bilanz. In Interviews hält Ministerpräsident Bouffier (CDU) „Fracking“ grundsätzlich auch in Hessen „für möglich“. ■

TRAUER UM DR. HERBERT GÜNTHER



FOTO: PETRA TURSKEY-HARTMANN

Ehemaliger Justiz- und Innenminister verstorben

Die hessische SPD trauert um den langjährigen Staatsminister Dr. Herbert Günther, der im Alter von 84 Jahren in Wiesbaden verstorben ist.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel würdigte den Verstorbenen als Politiker, der der hessischen Sozialdemokratie mit seinem Charisma, seinem menschlichen Umgang und seinen politischen Zielen ein Gesicht gegeben und ihr Ansehen und Popularität verschafft habe. „Wir danken ihm für ein Leben erfüllt mit der Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung.“

Dr. Herbert Günther war u. a. von 1974 bis 1987 Minister der Justiz, von 1982 bis 1984 zeitweilig Doppelminister für Inneres und Justiz und schließlich von 1991 bis 1994 Innen- und Europaminister.

Als Innenminister ist Dr. Herbert Günther besonders für die Interessen der Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung eingetreten, die er als Keimzelle des demokratischen Gemeinwesens betrachtet hat. Als erster hessischer Sozialdemokrat ist er im Jahr 2009 mit dem „hessischen Kommunallöwen“ ausgezeichnet worden. Als Innenminister hat er als „Vater der Zweigeteilten Laufbahn“ Hessens Polizei zur bundesweit am besten ausgebildeten und am besten bezahlten Polizei gemacht.

Dr. Herbert Günther gilt auch als Erfinder der „Deutschen Märchenstraße“, die von Hanau bis Bremen reicht – also vom Geburtsort der Brüder Grimm bis zum Zielort der „Stadtmusikanten“. 2011 wurde der SPD-Politiker mit der Holger-Börner-Medaille der hessischen SPD für sein Lebenswerk ausgezeichnet. ■

WINDIG UND WIRR: SCHW



Ein Kommentar von Günter Rudolph

„KLAGE GEGEN DEN LÄNDERFINANZ-AUSGLEICH BIRGT EIN GROSSES RISIKO FÜR HESSEN“

Die Äußerungen des CDU-Ministerpräsidenten zur Forderung einer Länderfusion von Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland durch seinen Vize-Ministerpräsidenten sind mehr als wolkig. Während die FDP eine undurchdachte Forderung nach der nächsten in den Raum stellt, scheint Herr Bouffier nicht zu wissen, wie er dazu steht. Er muss sich nun jedoch entscheiden, ob Hü oder Hott bei der Länderfusion.

Wenn der hessische Ministerpräsident nun davon spricht, dass er die Lösung für die Reform des Länderfinanzausgleichs in der Föderalismuskommission III anstrebt, muss man sich langsam mal fragen: Warum klagt die hessische Landesregierung gegen den Länderfinanzausgleich, wenn ihr Ministerpräsident nun doch den Verhandlungsweg beschreiten will? Ich habe den Verdacht, dass hier ein zentrales Thema, nämlich die gerechte Verteilung der Steuermittel unter allen Bundesländern, zu Wahlkampfzwecken missbraucht wird.

Mit der Klage geht Bouffier übrigens ein großes Risiko für Hessen ein: Wenn das Bundesverfassungsgericht die Anrechnung der kommunalen Haushalte in der jetzigen Form kassiert, kann das Hessen bis zu 500 Millionen Euro kosten. Wieder einmal hat die schwarz-gelbe Landesregierung einen Vorschlag nicht zu Ende gedacht. Bouffier täte gut daran, die Klage gegen den Länderfinanzausgleich umgehend zurück-zuziehen. ■



FOTO: PETRA TURSKEY-HARTMANN

„Die Behauptung, die CDU könne mit Geld umgehen, ist in Hessen längst widerlegt. Die CDU hat seit Beginn ihrer Regierungszeit 1999 – teilweise gemeinsam mit der FDP – 96 Prozent mehr Schulden gemacht. Das ist alles andere als eine zukunftsorientierte Haushaltsführung.“

ZAHLEN UND FAKTEN ZUM HESSISCHEN HAUSHALT

Hessens Gesamtverschuldung 2014: **43,4 Milliarden Euro**

Neue Schulden seit 1999 durch Koch und Bouffier: **ca. 21 Mrd. Euro**

Kürzungen der Kommunalfinanzen durch das Land seit 1999: **ca. 2,5 Mrd. Euro** und weiter steigend

Strukturelles Defizit im Landeshaushalt: **ca. 2 Mrd. Euro**

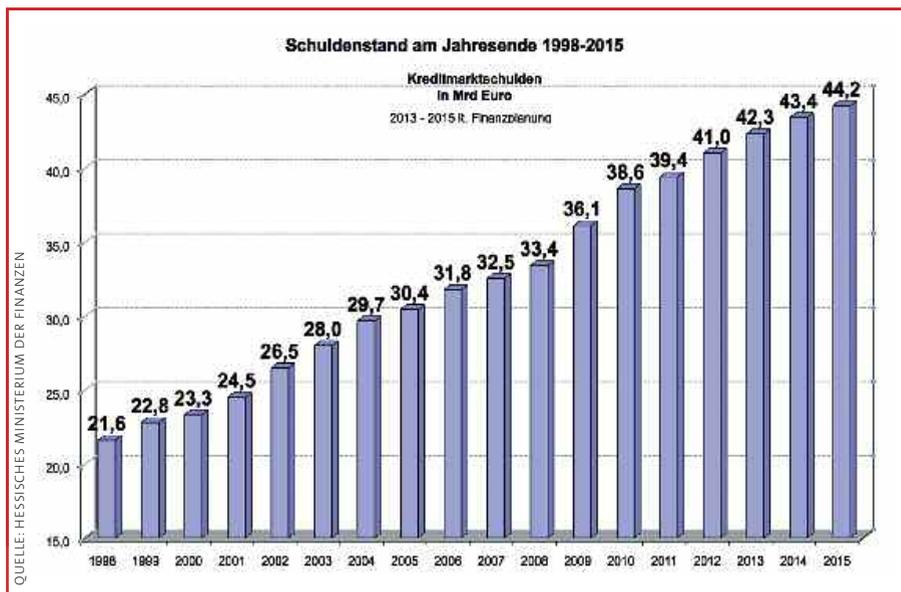
Hinterlassene Risiken für die künftige Landesregierung („Ungedeckte Schecks“):

- Die 400-Mio.-Euro-Kürzung aus 2011 im KFA ist verfassungswidrig
- Ein 187-Mio.-Euro-Risiko, falls RWE vor Gericht wegen schlampiger Biblis-Stillegung obsiegt
- Ein 467-Mio.-Euro-Risiko wegen der leichtfertigen Klage Hessens gegen den Länderfinanzausgleich, wenn das Gericht sagt, dass die Finanzkraft unserer Kommunen künftig in die Rechnung voll einfließen muss
- Und: Die sogenannte Abbautreppe der Neuverschuldung aus 2011 wurde schon 2012 nicht eingehalten



» Nur der absolut intransparente Etatentwurf von CDU und FDP verschleiert einen unglaublichen Bankrott schwarz-gelber Haushaltspolitik. «

Wolfgang Decker, Vorsitzender im Finanzausschuss



Hessen hat in der Rangliste der Verschuldung der öffentlichen Haushalte einen Spitzenplatz. Roland Koch und Volker Bouffier haben übrigens in ihrer Regierungszeit in Hessen nahezu doppelt so viele Schulden angehäuft wie alle ihre Vorgänger in rund fünfzig Jahren zuvor.

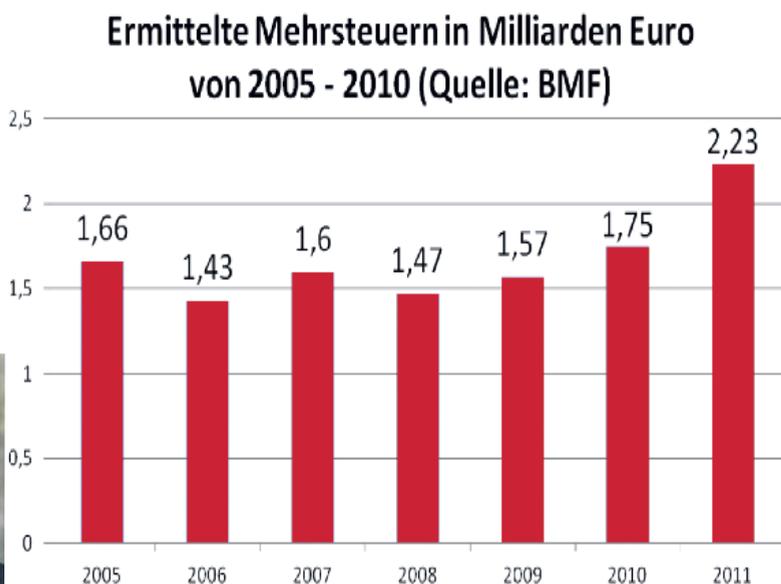
WARZ-GELB UND DAS GELD

KEINE ANONYMITÄT FÜR STEUERBETRÜGER

Die aktuellen Vorgänge im Fall Honeß haben gezeigt, dass es richtig gewesen ist, dass die SPD-regierten Bundesländer das Steuerabkommen im Bundesrat abgelehnt haben. CDU und FDP hatten ein Abkommen favorisiert, dass Steuerbetrüger, weil sie anonym geblieben wären, vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt hätte. Die Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) hatte außerdem gefordert, den Ankauf von Steuer-CDs per Gesetz zu verbieten. Hessen hat seit 2010 bei 4.830 Selbstanzeigen 470 Millionen Euro eingenommen.



Norbert Schmitt,
Finanzpolitischer Sprecher



Deutsche Steuerfahnder der Länder, unter anderem in Nordrhein-Westfalen, haben im Jahr 2011 Steuerhinterziehung in großem Umfang aufgedeckt und der öffentlichen Hand zu Mehreinnahmen von rund 2,2 Milliarden Euro verholfen.

TEILPRIVATISIERUNG IM JUSTIZVOLLZUG IST IRRWEG

Der teilprivatisierte Betrieb der Justizvollzugsanstalt Hünfeld hat die von Schwarz-Gelb prognostizierten Erwartungen laut Landesrechnungshof nicht erfüllt. Unterstützung erhält die SPD vom Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD). Die privaten Mitarbeiter könnten laut BSBD-Bundeschef Anton Bachl in den Staatsdienst übernommen und angemessen bezahlt werden.



Heike Hofmann,
Rechtspolitische Sprecherin

»Statt jährlich 600.000 Euro einzusparen, ist die JVA Hünfeld deutlich teurer als eine vergleichbare staatlich betriebene Justizvollzugsanstalt.«

KOMMUNALER SCHUTZSCHIRM IST EIN KLEINER LÖCHRIGER KNIRPS

Vor dem Hintergrund der Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich gegenüber den hessischen Kommunen in Höhe von 344 Millionen Euro erweist sich der sogenannte kommunale Schutzschirm der schwarz-gelben Landesregierung mehr als löchrig. Lediglich 106 Kommunen in Hessen ist eine Teilentschuldung angeboten worden, sie mussten dafür Mittel für Vereine kürzen, öffentliche Einrichtungen schließen und Gemeindeeigentum verkaufen. 341 zum Teil hoch verschuldete Kommunen sind dagegen „im Regen stehen geblieben“. Mit



Torsten Warnecke,
Sprecher im Unterausschuss
Finanzcontrolling und
Verwaltungssteuerung

»Wer 344 Millionen Euro kürzt und den Gegenwert von 107 Millionen Euro zurückgibt, hat kein Lob verdient.«

dem Schutzschirm wurde außerdem nur ein Fünftel der aufgelaufenen kommunalen Schulden übernommen. Laut Hessischem Rechnungshof weisen in Hessen nur eine von fünf hessischen Großstädten, 15 von 78 kreisangehörigen Städte und Gemeinden und sieben Landkreise eine relativ stabile Haushaltslage vor.

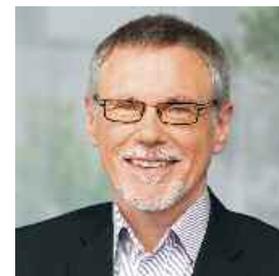
BONITÄT VON EBS NICHT GEPRÜFT?

Nach Auffassung des Hessischen Rechnungshofes hat es die Landesregierung versäumt, Liquidität und Bonität der privaten European Business School (EBS) zu prüfen, bevor die Privathochschule knapp 25 Millionen Euro Steuergelder zum Aufbau ihrer juristischen Fakultät erhalten habe. Die Zuschüsse und Garantien des Landes für das Pilotprojekt betragen nahezu 100 Mio. Euro.



Marius Weiß,
Obmann im Untersuchungsausschuss zur EBS

»Konkrete Antworten zur Liquidität, Entwicklung der Studierendenzahlen, zu eingeworbenen Professuren als auch zum Fortschritt bei den Neubauplänen der privaten Law School ist die schwarz-gelbe Landesregierung bislang schuldig geblieben.«



Gerhard Merz,
Familienpolitischer Sprecher

»Das Investitionsprogramm für den Ausbau von U3-Plätzen, das laut Landesregierung rund 100 Mio. Euro umfasst, wird laut Berechnungen der SPD-Fraktion zu knapp 50 Prozent aus Bundesmitteln bestritten.«

ROTE KARTE FÜR SOZIALMINISTER

Im Zeitraum von 2009 bis heute hat das Land Hessen die Betriebskostenzuschüsse aus Landesmitteln für die Betriebskostenförderung von U3-Plätzen um rund 9 Mio. Euro zurückgefahren. Die Bundesregierung hatte durch Verzicht auf Umsatzsteueranteile zusätzliche Mittel für den Ausbau und Betrieb von U3-Plätzen bereitgestellt. Dieses Geld sollte über die Länder den Kommunen zugutekommen. Mittel, die als Betriebskostenzuschüsse vorgesehen sind, werden darüber hinaus als Investitionsmittel verwendet.

Betriebskostenzuschüsse aus Landesmitteln für den Ausbau U3

2009: 45,70 Mio. Euro
2010: 43,90 Mio. Euro
2011: 43,90 Mio. Euro
2012: 36,75 Mio. Euro

STEUERSCHLUPFLOCH FÜR RWE IN BIBLIS

Ein „Steuersparmodell der besonderen Art“ gab es im Jahr 2010 in Hessen, als RWE 92 Brennelemente vorzeitig im Atomkraftwerk Biblis B austauschte, um die ab Januar 2011 geltende Brennelementesteuer zu umgehen. Durch den vorgezogenen Wechsel hat RWE 280 Millionen Euro Steuern gespart.

„RESPEKT VOR HARTER ARBEIT IN HESSEN“

SOMMERTOUR 2013

Respekt vor harter Arbeit in Hessen" war das Thema der Sommertour des SPD-Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel. Mit Bärbel Feltrini vom Vorstand der IG BCE und Mannschaftsmitglied für Arbeit, Ausbildung und Soziales machte er Station in Gießen in der Bäckerei Braun und auf dem Wertstoffhof ZAUG Recycling, bei der ASG Airport Service und den LSG Sky Chefs am Frankfurter Flughafen, in Walldorf auf einer Baustelle des Bauunternehmens Bratengeier, im Seniorenzentrum Offenbach, bei der Berufsfeuerwehr Wiesbaden, im Weingut Nies in Lorchhausen, der Kerckhoff-Klinik in Bad Nauheim, der Eisele AG, Crane & Engineering in Maintal und im Revier Salmünster von HessenForst.



„Viel zu tun mit schwerer Fracht.“ Thorsten Schäfer-Gümbel mit Dr. Sascha Raabe, Sebastian Maier, Klaus Schejna, Christoph Degen und Dr. André Kavai zu Besuch bei der Eisele AG, Crane & Engineering, in Maintal.



„Wir kriegen's gebacken!“ In der Bäckerei Braun in Gießen werden morgens ab drei Uhr Brezeln geschlungen.



„Dienst am Menschen“. Heike Habermann und Bärbel Feltrini im Seniorenzentrum Offenbach.



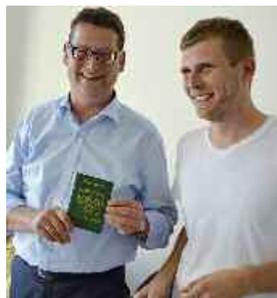
„Wir packen das Tariftreuegesetz in Hessen an!“ Mit Gerald Kummer und Gerold Reichenbach auf der Baustelle in Walldorf.



„24 Stunden Dienst, 48 Stunden frei.“ Mit Simon Rottloff und Michael David bei der Berufsfeuerwehr Wiesbaden.



„Jeder möchte gerne einen sauberen Arbeitsplatz“, ist Foad Selvis, seit 38 Jahren bei der ASG Airport Service, überzeugt.



„Doppelte Staatsbürgerschaft im Freistaat Flaschenhals“. Mit Sebastian Busch in Lorchhausen.



„Man muss immer aktiv bleiben!“, forderte Hans-Klaus Mehlhorn (68) von TSG und Gene Hagelstein im Seniorenzentrum.



„Die Entsorgungsbranche zahlt Mindestlohn!“ Mit Gerhard Merz beim Wertstoffhof ZAUG Recycling in Gießen.



„Guter Wein entsteht nicht von selbst.“ Mit Georg Mahr, Martin Rabanus, Sebastian Busch und Marius Weiß in den Weinbergen von Theo Nies in Lorchhausen.



„Jeder Mensch hat den Anspruch, ernst genommen zu werden.“ Mit Heinz Lotz und Christoph Degen bei den Mitarbeitern von HessenForst im Revier Salmünster.



„Wir brauchen Mut zur Entscheidung. Auch für eine bessere Pflege.“ Mit Stefan Lux, Jochen Schmitt und Dr. Matthias Görlach im Hybrid-OP-Saal der Kerckhoff-Klinik in Bad Nauheim.

FOTOS: PETRA TURSKEY-HARTMANN, NICO LEDERLE, DENES KUCUK